

22.9.2009

Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



Wählen wird nicht reichen!



Die bürgerlichen Medien beschweren sich über den Wahlkampf. Es müsse mehr gestritten werden. Der Parlamentarismus versackt und davor haben die Herrschenden Angst.

Mit dem Wahlzettel wird ihnen regelmäßig bestätigt, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Aber das Wahlvolk scheint zu entdecken, dass die wichtigen Fragen unserer Lebensbedingungen nicht durch den Wahlzettel entschieden werden. Der Ausdruck dafür ist: Sind eh alle gleich!

Bürgerblock will Schweiß und Tränen

Merkel fordert eine „nationale Anstrengung“ (SZ 12.9.09). Was damit gemeint ist nach dem 27. September, ist schon klar: Erhöhung der Mehrwertsteuer; Kürzung von Hartz IV; weitere Aufweichung des Kündigungsschutzes. Den 1,4 Millionen Kurzarbeitern (Stand Juni 2009) droht, auf die Straße zu fliegen, ein Drittel aller Firmen plant Entlassungen.

Das Kapital mit seinem Kabinett - egal,

wer darin sitzen wird – bereitet einen großen Angriff auf die Beschäftigten vor. Denn die Rechnung für die Krise wird uns nach der Wahl auf den Tisch gelegt. Die Grausamkeiten, die uns drohen, werden Schröders Agenda 2010 als harmlos erscheinen lassen. Der schwarz-gelbe Bürgerblock steht schon bereit, diese durchzusetzen.

Bei einer Fortsetzung der Große Koalition brauchen wir allerdings auch keine Illusionen haben. Es ginge nur langsamer.

Fortsetzung auf Seite 2

In dieser Ausgabe:

Altemilitaristische **Kriegstraditionen** werden wieder installiert 3

Leistungslohn bei der **Telekom**: für wen lohnt er sich? 4

VW und **Porsche** rüsten nun zum Angriff auf die Nummer 1, Toyota 6



Fortsetzung von Seite 1

Wählen wird nicht reichen!

Sind eh alle gleich?

Es ist politisch naiv, die SPD auf die selbe Stufe zu stellen wie die bürgerlichen Parteien. Sie kommt aus der Arbeiterbewegung und viele Kollegen wählen sie, schon wegen des Stallgeruchs.

Sie wählen die SPD aus dem Glauben an soziale Gerechtigkeit.

Die SPD wird vom Kapital gebraucht, wenn soziale Unruhen zu befürchten sind. Wenn die Arbeiter kämpfen, streiken. Dann muss die SPD ihre Nützlichkeit aber nach zwei Seiten beweisen:

Sie muss abwiegeln, um ihren Einfluss in der Arbeiterklasse unter Beweis zu stel-

len gegenüber dem Kapital.

Die SPD muss andererseits die Angriffe des Kapitals bremsen, um ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den Arbeitern nicht zu verlieren, die sie jetzt im Wahlkampf

wieder entdeckt.

Diese Rolle spielte die SPD in der Schröder-Regierung und in der Großen Koalition. Nunmehr, mittlerweile eine 20 Prozent-Partei nach jahrelangem Spagat,

Politischen Streik etappenweise vorbereiten

Die Gewerkschaften brauchen ein wirkungsvolles politisches Instrument, um ihren Forderungen Gewicht und Durchsetzungskraft zu verleihen. Dazu gehört die Politisierung der Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben, dazu gehört aber auch der politische Streik. Der Kampf um wirkliches Streikrecht, das sich nicht auf tarifliche Forderungen beschränkt, muss deshalb ein wichtiges Element werden. Es gab in der Vergangenheit immer schon Elemente des politischen Streiks, beim Angriff auf die Lohnfortzahlung und Tarifautonomie, bei der Rente mit 67 oder auch Mitte Mai diesen Jahres bei den Demos und Kundgebungen der IG Metall in Baden-Württemberg zur Sicherung der Arbeitsplätze. Es gibt aber keinen organisierten Ansatz, den politischen Streik etappenmäßig vorzubereiten, die verschiedenen Aktionen während der Arbeitszeit aufeinander abzustimmen. Genau das wäre jedoch notwendig, um nach der Bundestagswahl die Angriffe von Kapital und Regierung erfolgreich zurück zu schlagen! (aus: Netzwerkinfo Gewerkschaftslinker 8/09)



Bank-Chef Ackermann sagt der Regierung, wo es lang geht.

Die Zeitung Financial Times Deutschland (24. August 2009) bestätigt das, was viele bereits vermuteten. Um die Massen still und ruhig zu halten und der Linken keinen Vorschub zu leisten, hatten Industrie und Regierung ein Stillhalteabkommen abgeschlossen:

Kahlschlag kommt nach der Wahl

Die deutsche Industrie will Stellen im großem Umfang streichen - sobald die Bundestagswahl vorüber ist. Dann läuft das Stillhalteabkommen mit Berlin aus. Eine Art Stillhalteabkommen zwischen Industrie und Regierung verhindert derzeit einen größeren Arbeitsplatzabbau in Deutschland. Der Pakt gelte bis zur Bundestagswahl am 27. September, erfuhr die Financial Times von mehreren Spitzenmanagern. „Deutschland ist momentan vor Veränderungen sicher. Aber nach der Wahl wird sich die Botschaft ändern. Das ist ganz normal“, sagte Hakan Samuelsson, Vorstandschef des Münchner Dax-Konzerns MAN.

Das Eingeständnis der Manager belegt Befürchtungen, dass den deutschen Arbeitnehmern die härtesten Einschnitte noch bevorstehen - auch wenn die Wirtschaft wieder zu wachsen beginnt. Bislang verzichten die meisten Unternehmen auf Stellenstreichungen. Die Bundesregierung fördert diesen Kurs, etwa durch das milliardenteure Programm zur Kurzarbeit. Experten bezweifeln jedoch, dass die Wirtschaft diesen Kurs beibehalten kann: In puncto Produktivität haben die deutschen Unternehmen zuletzt deutlich an Boden verloren, vor allem im Vergleich zur US-Industrie, die die Krise zur Sanierung genutzt hat. ...

zeigt sie deutliche Verschleißerscheinungen. Die herrschenden Kreise in Deutschland können nun wirklich wählen zwischen einer Bürgerblock-Regierung oder der Fortsetzung der Großen Koalition. Sie können abwägen: Kämpfen die Arbeiter, z.B. bei Opel, wird also von einer Mehrheit der Lohn- und Sozialraub nicht hingenommen, dann hat das Kapital die Option einer SPD-Beteiligung. Oder herrscht Ruhe, dann kann der schwarz-gelbe Knüppel aus dem Sack geholt werden.

Links wählen ...

Diese Wahl darf keine Legitimation sein für ein Weiter-so, was den bürgerlichen Parteien nur recht sein kann. Und der SPD, die wieder an die Futterkrippe will.

Eine starke Links-Stimme im Bundestag ist wichtig gegen den Krieg in Afghanistan oder anderswo. Sie ist wichtig gegen Faschismus und Neonazis. Die Linke

muss weiterhin die Verantwortlichen für das kapitalistische Unrechtssystem anprangern. Sie muss zum Widerstand gegen die Angriffe der Herrschenden auf die Werktätigen aufrufen. Das können Linkswähler erwarten. Das ist nicht viel, aber es hilft uns beim Kämpfen.

... und kämpfen!

Lafontaine wird uns das Kämpfen nicht abnehmen. Also raus am Wahltag, für Links stimmen. Das Wahlergebnis kann so ein Barometer für links werden, die Stimmabgabe wird eine Demonstration.

Doch das reicht nicht. Also zurück in die Betriebe und Gewerkschaften und den Streik vorbereiten. Den werden wir in den nächsten Monaten brauchen! ●krr



Vor der Wahl lächelt das Traumpaar des schwarz-gelben Bürgerblocks noch freundlich, doch nach einem Wahlsieg werden sie uns die Rechnung präsentieren.



Die Kanzlerin fühlt sich im Kreis der Militärs sichtlich wohl.

Das Deutschland keinen Krieg führt, das behauptet Kriegsminister Franz Jung auch noch nach dem Massaker in Kundus in Afghanistan. Nach NATO-Angaben wurden bei dem Bombardement von zwei Tanklastern Dutzende von Zivilisten getroffen. Die Taliban hatten nämlich die stecken gebliebenen Fahrzeuge längst verlassen, und Hunderte von Dorfbewohnern

Kriegstraditionen

wollten sich ein paar Liter Benzin abzapfen. Von einer Bedrohung der Bundeswehrtruppen konnte also keine Rede sein. Das Vorgehen erinnert an die „Partisanenbekämpfung“ der Nazi-Wehrmacht oder an die Kriegsführung der kaiserlichen Reichswehr, die beide keinerlei Rücksicht auf Zivilisten bei ihren militärischen Operationen nahmen.

Selbst von den USA, Frankreich und Großbritannien gab es deshalb scharfe Kritik, aber Jung und Merkel halten dem Oberst, der den Befehl gab, immer noch die Stange und behaupten, nur Taliban seien getötet worden.

Bundeswehrtruppen endlich abziehen

Der Hass auf die Besatzer wird immer größer. Allein in diesem Jahr wurden 800 Zivilisten getötet. Hunger, Korruption, Rechtlosigkeit, Willkür und eine blühende Opiumproduktion beherrschen das Land. Durch die Besatzungstruppen wird dies nicht behoben, sondern verschärft.

Die ausländischen Truppen dienen nicht der „Terrorbekämpfung“ oder dem Demokratieaufbau, wie von der Bundesregierung behauptet, und die Frauen sind nach wie vor rechtlos. Massiv behindert wird die humanitäre Hilfe durch die Truppenpräsenz, wie alle Hilfsorganisationen bestätigen. Denn sie werden mit den Besatzern in einen Topf geworfen. So will die Welthungerhilfe jetzt ihren Einsatz überdenken.

Die Bundeswehr soll dort deutsche Großmachtinteressen wahren in einem Land, das an zahlreiche Öl fördernde Staa-

ten und an China, Iran und Pakistan grenzt. Es liegt wie ein Flugzeugträger mitten zwischen ihnen. 3 Milliarden Euro kostete bisher uns der Krieg. Ein Bruchteil davon könnte die Lage der Bevölkerung spürbar verbessern und den Wiederaufbau des Landes voranbringen. Eine Voraussetzung dafür wäre allerdings der Abzug aller fremden Truppen.

Alte militaristische Traditionen wieder installiert

Fast gleichzeitig mit dem Massenmord in Kundus wurde von Minister Jung das Ehrenmal für gefallene Soldaten eingeweiht. Mit ihm wird die kriegerische Außenpolitik Deutschlands gerechtfertigt – es gibt nichts zu feiern, wenn junge Menschen missbraucht werden für völkerrechtswidrige Auslandseinsätze und dabei draufgehen.

Passend dazu wurde im Juli auch die erste Tapferkeitsmedaille von der Kanzlerin verliehen.

Der Orden erinnert verdächtig an das Eiserne Kreuz der Wehrmacht, das im Kaiserreich wie auch von den Nazis bei ihren Aggressionskriegen benützt wurde. Wir sollen damit auf weitere Kriege vorbereitet werden.

Trotz all diesem Brimborium und der Heldenverehrung in der BLÖD-Zeitung wächst die Ablehnung des Afghanistankriegs durch die bundesdeutsche Bevölkerung. Die Bundesregierung kümmert das allerdings nicht. Und bei der CDU heißt die Konsequenz aus dem Massaker in Kundus gar, noch mehr Soldaten nach Afghanistan zu schicken. ●rem

AufDraht-Quiz

Was ist ein Puma?

- A: Eine Ford-Marke
- B: Eine Wildkatze
- C: Ein Sportschuh
- D: Ein Ppanzer

Auflösung auf Seite 8

Der Protest muss lauter werden: Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Die Falle mit den Aufhebungsverträgen



Die Krise hat bisher kaum zu Entlassungen geführt, heißt es. doch was ist mit den Leiharbeitern, die rausflogen? Was mit den prekär Beschäftigten, denen die Verträge nicht verlängert wurden? Es gab auch schon Betriebsschließungen und heftige Kämpfe dagegen, die zum Teil erfolgreich waren. Auch bei den Leiharbeitern gab es Widerstand. Sie sind alle Teil von uns abhängig Beschäftigten der Arbeiterklasse (dazu gehören auch die Angestellten) und sie verdienen unsere Solidarität.

Was aber noch leiser über die Bühne geht, das sind die Entlassungen, die per Abfindung über die Bühne gehen. Und es sind viele Betriebe, die sie nutzen: in München seien nur BMW, MAN, Fujitso-Sie-

mens, Telekom, océ, Süddeutsche Zeitung genannt.

Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, bedienen sich die Kapitalisten zunehmend einer alten Waffe. Mit Aufhebungsverträgen wird der Personalabbau angeblich „sozialverträglich“ geregelt.

Natürlich kennt jeder von uns Kolleginnen und Kollegen, die sich über eine Abfindung freuen und die froh sind, sich endlich aus der Maloche verabschieden zu dürfen. In manchen Betrieben stehen sie Schlange bei der Personalleitung deshalb. Viele Kollegen sind geblendet von der scheinbar hohen Summe, die ihnen da angeboten wird. Sie rechnen nicht durch, ob ihnen das Geld bis zur Rente reicht. Sie lassen sich über den Tisch ziehen. Meist liegen die Abfindungen deutlich unter den Beträgen, die noch vor wenigen Jahren gezahlt wurden.

Und von den Kollegen, die auf der „Abschussliste“ des Unternehmers stehen, die wochenlang gemobbt werden, damit sie unterschreiben, von denen manche am Schluss entnervt aufgeben, weil sie dem Druck nicht mehr Stand halten können – von denen hört man nichts! Deshalb sollten wir uns mal genauer anschauen, um was es dabei geht.

Was bedeutet ein Aufhebungsvertrag?

Ein Aufhebungsvertrag kann nur „eilvernehmlich“ zwischen dem jeweiligen Kapitalisten und einem Beschäftigten abgeschlossen werden. Die vom Unterneh-

mer Auserwählten erklären dann mit einer „freiwilligen“ Unterschrift ihr Einverständnis mit ihrem Rausschmiss und der auf sie wartenden Arbeitslosigkeit. Denn ihr Arbeitsplatz, ihre Existenzgrundlage und die ihrer Familie, ist futsch. Auf diesem Wege können die Kapitalisten große Teile oder gar die ganze Belegschaft abservieren und sich auch noch darauf berufen, niemanden entlassen zu haben.

Deshalb sollte jede Kollegin, jeder Kollege unbedingt einen Betriebsrat zum Gespräch mitnehmen, wenn er vorgeladen wird. Und der Betriebsrat sollte der Belegschaft empfehlen, nicht zu unterschreiben. Denn nur dann kann Widerstand aufgebaut werden, können die Pläne der Geschäftsleitung durchkreuzt werden. Das Ziel ist, dass der Unternehmer gezwungen wird, mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Warum ist das so wichtig?

Was kann der Betriebsrat erreichen?

Zum einen wird klar, dass es um Entlassung geht. Dass trotz aller „Arbeitsplatzsicherungsverträge“ die Erwerbslosenzahlen massiv ansteigen. Aufhebungsvertrag klingt viel versöhnlicher. Ein toller Erfolg. Allerdings mit rechtlichen Konsequenzen!

Nach dem in der BRD geltenden Arbeitsrecht ist dieser Handel möglich und eine beliebte Praxis des Kapitals, um Kosten zu sparen und Betriebsräte und Belegschaften auszuschalten. Der BR verliert die **eigenen Rechte**, wenn aus Entlassungen Aufhebungsverträge gemacht werden (Unter anderem geht es hierbei um Rechte aus den Paragraphen 102, 111 und 112 des Betriebsverfassungsgesetzes, dem Anhörungs- und so genannten Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen und das Anrecht auf einen Interessenausgleich und den Abschluss eines Sozialplans.)

Stattdessen kann der Betriebsrat - ohne Kündigungen unterschreiben zu müssen - die Mindestbedingungen für Aufhebungsverträge festlegen: wer darf Gespräche führen (z. B. nur mit BR-Anwesenheit), was gilt für Versetzungen, wer ist der betroffene Personenkreis, was sind mögliche Folgen bei Arbeitslosigkeit, Anrechnung von Abfindungen, Sozialversicherung, Rente/Betriebsrente, Freiwilligkeit, Widerrufsrecht usw. Das alles kann in einer Betriebsvereinbarung, die für alle gilt, geregelt und vereinbart werden. Um das durchzusetzen, muss der Betriebsrat allerdings die Belegschaft über ihre Rechte informieren und sie mobilisieren. Denn geschenkt wird der Belegschaft das nicht. Der Unternehmer



will ja die kollektive Aktion gerade vermeiden!

Nimmt der Betriebsrat diese Kollektivrechte der Belegschaft nicht wahr, gilt das Individualrecht. Der Betriebsrat überlässt damit die einzelnen Belegschaftsangehörigen der Willkür und den möglichen Schikanen des Kapitalisten. Der kann sich dann mit seinen Erfüllungsgehilfen jede und jeden einzeln vorknüpfen, und den Personalabbau, die Entlassungen über Aufhebungsverträge durchsetzen. Auf diese Art und Weise wurden schon viele Kolleginnen und Kollegen von uns im stillen Kämmerlein für die „freiwillige Unterschrift“ parat gemacht - schikaniert oder erpresst. Hierbei ist es langjährige arbeitsrechtliche Erfahrung, dass auch die „freiwilligste“ Unterschrift gilt.

Viel zu oft versäumen Betriebsräte oder Gewerkschaftssekretäre, hier aktiv zu werden. Die Folge davon ist: Belegschaften werden nicht in Betriebs- und/oder Abteilungsversammlungen oder über andere Informationsmöglichkeiten in die Auseinandersetzung mit dem Kapital einbezogen. Es unterbleibt die Aufklärung über Rechte und Mobilisierung für ihre Durchsetzung. Der Druck des Kapitals braucht Gegendruck.

Manchmal müssen wir eben unsere Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter auf ihre Aufgaben hinweisen und sie von der Notwendigkeit einer konsequenteren Vertretung unserer Interessen überzeugen.

● Ludwig Jost
(ehemaliger BR-Vorsitzender)/
● rem

Durch die Einführung variabler Lohnanteile in der Bezahlung verschieben Unternehmen Geschäftsrisiken auf die Belegschaften, die ohnehin schon das Beschäftigungsrisiko tragen.

Beschäftigte werden in den Zwang versetzt, ihre eigenen Interessen und die gegensätzlichen Interessen des Kapitals in sich zu vereinbaren. Die Folge: die gewerkschaftliche Mobilisierungsfähigkeit der Beschäftigten nimmt ab. Verdi-Funktionäre beklagen das zwar immer wieder, aber



Wählen alleine reicht nicht! Großes Reinemachen ist notwendig.

Für wen lohnt sich Leistung?

als Ursache wird die eigene Tarifpolitik nicht identifiziert. Zufrieden verkünden deshalb immer wieder Vertreter des Kapitals: „der Leistungslohn ist inzwischen allgemein akzeptiert“. So wird verständlich, warum die Telekom viel Zeit und Aufwand (also Geld) in Zielvereinbarungsprozesse steckt.

Mit der Ausgründung der DTTS (Deut-

sche Telekom Technischer Service) und dem damit verbundenen ca. 20%igen Lohnverlust der Beschäftigten wurde auch ein Lohnsystem mit „Variablen“ eingeführt. Die Lohnhöhe wird zu einem nicht unwesentlichen Teil durch Variable des Konzerns, des Betriebes und auf Nieder-

Fortsetzung auf Seite 6

AufDraht

Herausgeber:
**DKP München und
Gruppe KAZ München**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Bernd Bücking
Hofangerstr. 171 • 81735 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

Fortsetzung von Seite 5

Für wen lohnt sich Leistung?

lassungsebene bestimmt. Diese Variablen bilden die wirtschaftliche Situation des Konzerns ab und können von den Beschäftigten nicht beeinflusst werden. Mittels der Lohnfindung haben die Variablen die Funktion, Geschäftsrisiken auf die Lohnempfänger abzuwälzen. Außerdem ermöglicht diese Regelung, die Gesamtlohnsumme - das ist die Summe aller gezahlten Löhne an alle Beschäftigten in einem gewissen Spielraum - außerhalb von Tarifvereinbarungen zu drücken. Eine Vereinbarung der Gewerkschaft mit dem Arbeitgeber, eine Gesamtlohnsumme für das „Kollektiv der Beschäftigten“ vertraglich abzusichern, gibt es nicht.

Auf eine Anfrage, wieso die Gewerkschaft der Aufweichung des Tariflohns in dieser Form zustimme und dem EBITA (Gewinn des Gesamtkonzerns) ausliefere, antwortete ein verdi-Funktionär: die Gewerkschaft wäre sich sicher, dass Obermann alles tun werde, die Kennzahlen nach oben zu treiben und deshalb wäre der

Lohn gesichert. Wir sollen also Vertrauen auf den Unternehmer setzen, statt für unsere eigenen Interessen einzutreten. Dass im Kapitalismus Krisen und damit auch Gewinneinbußen, ja Verluste der Unternehmen nicht zu vermeiden sind, erleben wir ja gerade! Wir müssen verhindern, dass das negative Geschäftsergebnis dann auf uns abgewälzt wird. Es ist eine Aufgabe der Gewerkschaft, dies im Interesse der Kollegen - unter ihrer aktiven Einbeziehung - zu organisieren.

Auf Teamebene werden Zielvereinbarungen getroffen, die als „Teamziele“ und als „Individualziele“ definiert sind. Anzumerken ist, dass die Beschäftigten in Wirklichkeit fast keine Möglichkeit haben, die Rahmenbedingungen dieser Vereinbarungen zu gestalten. Arbeitsorganisation, Arbeitsinhalte und Arbeitsmengen verbleiben im Hoheitsbereich des Arbeitgebers, vertreten durch Niederlassungsleiter oder Teamleiter. In den Zielvereinbarungsbesprechungen werden die Mitarbeiter nachdrücklich ermuntert, Ziele auszuwählen, die die Niederlassungsleitung auf ihrer Ebene verfolgt. Lediglich die Anzahl der

Urlaubstage, die am Jahresende in das nächste Jahr mitgenommen werden können sind individuell gestaltbar. Zwar leben viele Beschäftigte in der Illusion, gewinnender Spieler dieser (Tragik-)Komödie zu sein. Wenn aber den Kollegen bewusst wird, dass eines der wichtigsten Ziele des Niederlassungsleiters Personalabbau ist, kann die „Schalheit des Leistungslohnes“ an der Mimik der Kollegen abgelesen werden.

Auch im Arbeitsalltag zeigt sich, wie negativ Mitarbeiter von dieser Lohnstruktur betroffen sind. In persönlichen Gesprächen wird immer wieder über Überlastung, Arbeit trotz Krankheit oder zu viele tägliche Aufträge geklagt. Auf Tipps wie „die persönliche Gesundheit geht vor Arbeits erledigung“ oder „Betriebsrat oder Gewerkschaft kontaktieren“ erfolgt oft der Einwand: „Aber dann können wir unsere Ziele nicht erreichen und haben weniger Lohn“. Die Falle hat zugeschnappt.

Der Leistungslohn ist ein voller Erfolg - allerdings nur für das Kapital. Deshalb weg mit dem Leistungslohn!

● Ernst Stadler

Heim im Reich



Ferdinand Porsche, der Tüftler und Entwickler, präsentiert Hitler im Kreis hochgradiger Nazi-Größen einen Kübelwagen für die Wehrmacht.

Im Juli 2009 wurde eine jahrelange Schlacht beendet: Volkswagen übernimmt Porsche. Porsche, als Hersteller von Luxuswagern mit einem 25-prozentigen

Produktionsrückgang¹ konfrontiert, hatte unter Führung des einstigen Wundermanagers Wiedeking sich bei seiner geplanten Übernahme von VW gründlich

verspekuliert und wird nun selbst von VW übernommen.

Wiedekings 125-Millionen-Coup

Wiedeking hat 125 Millionen Euro Gewinnbeteiligung in den letzten Jahren kassiert. Er war am Porsche-Gewinn beteiligt, der sich nach dem Kauf von Aktien-Optionen an VW vervierfacht hatte. Er wurde mit einem goldenen Handschlag verabschiedet, zurück ließ er einen Scherbenhaufen. 9 Milliarden Euro Schulden sollen nach Presseberichten bei Porsche angehäuft worden sein. Wer die zu bezahlen hat, liegt auf der Hand – die Arbeiter und Angestellten von Porsche. Sie werden die Verlierer dieser Schlacht sein.

VW und Porsche stammen aus der Nazi-Zeit

Der Mann, ohne den es VW und Porsche nicht gäbe, heißt Ferdinand Porsche. Er wird von der Presse als Tüftler, als Entwickler, beschrieben, der sich nur für seine Konstruktionen interessierte. Im Ersten Weltkrieg konstruierte er Flugzeugmotoren und Zugmaschinen für Mörsergeschütze. 1934 legte er Hitler, der von der deutschen Autoindustrie die Entwicklung eines „geeigneten Kleinwagens“ gefordert hatte, das beste Konzept vor. (Wenige Jahre zuvor, 1928, wurde Opel vom amerikanischen Autobauer General Motors übernommen.) Porsche erhielt den Auftrag. Für die Produktion des Volkswagens wurde eine neue Fabrik gebaut, in Wolfsburg.

Geraubte Gewerkschaftsgelder

Die Nazis hatten 1933 Gewerkschaftshäuser besetzt und Gewerkschaftsvermögen geraubt. Aus diesen Geldern wurden 50 Millionen Reichsmark als Grundkapital der Deutschen Volkswagen mbH verwendet. Ein echter Wagen für das Volk wurde aber während des Krieges nicht mehr produziert. Lediglich 630 Käfer wurden hergestellt – und an privilegierte Nazibonzen verteilt. Die Fabrikanlagen wurden für die Produktion von Panzerketten, Minen und einen Geländewagen („Kübelwagen“) zweckentfremdet. Werkleiter in Wolfsburg war Porsches Schwiegersohn Anton Piëch. Tausende Zwangsarbeiter wurden eingesetzt; jüdische Häftlinge aus den Konzentrationslagern und Kriegsgefangene vor allem aus der Sowjetunion und Polen. „Anton Piëch erklärte im Sommer 1943 unverblümt, er müsse billige Ostarbeiter einsetzen, um nach dem Willen des Führers den Volkswagen ... zu produzieren.“² Der Reichtum der Porsche und Piech hat seinen Ursprung in der Nazi-Zeit.

Nach knapp 60 Jahren ist nun zumindest im Reich der Porsche und Piech die Niederlage des faschistischen Krieges überwunden. Porsche und VW sind wieder vereinigt. ● rzw

¹ Spiegel Nr. 38, 14. September 2009

² Hans Mommsen, „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, nach Spiegel Nr. 30, 20. Juli 2009



Wiedekings Zigarren werden sicherlich nicht dünner. Sein Lohn ist offensichtlich. Worin aber bestand seine Leistung? Auf jeden Fall hat er hat seine Schuldigkeit getan, Piëch rüstet ohne ihn zum Angriff auf Toyota.

Angriff auf Toyota

Volkswagen und Porsche sind wieder ein Reich. Was ihrem Großvater noch vorenthalten war, versuchen nun die Enkel. Sie wollen die Nr. 1 in der Welt werden. Die Hackordnung ist klar. 2007 wurden weltweit 73 Millionen Kraftfahrzeuge (Pkw und Nutzfahrzeuge) hergestellt. Davon konzentrierten sich 60 Millionen auf die klassischen Autohersteller mit Sitz in den USA (18,1 Millionen), Japan (19,8 Millionen), Deutschland (9,9 Millionen), Frankreich (9,6 Millionen) und Italien (2,7 Millionen). In China und Südkorea werden jeweils ca. 4 Millionen Fahrzeuge produziert. VW ist mit 6,3 Millionen produzierten Fahrzeugen hinter GM und Toyota (jeweils rund 9,3 Millionen) zusammen mit Ford auf Platz 3. Martin Winterkorn, der Frontmann der Porsche und Piech, will bis 2018 mit 11 Millionen Autos fast doppelt so viele verkaufen wie jetzt. Die Kapitalrendite soll ebenfalls verdoppelt werden auf 21 Prozent. Winterkorn will Toyota und General Motors überholen. „Wir spielen auf Angriff“, verkündet der Fußballfreund salopp. Ein Unentschieden wird es in diesem Spiel nicht geben, es ist eine K.O.-Runde angesagt. Das Spiel ist offen.



- Ich will die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen - bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial!

Name/Vorname

Tel.:

Straße, PLZ und Wohnort

Bitte einsenden an: „Auf Draht“ · c/o KommTreff · Holzapfelstr. 3 · 80339 München

Staatsbankrott mit 20 Milliarden Miesen?

Wie das? Da staunt der Laie und der Fachmann wundert sich. Was sind denn schon 20 Milliarden DM Schulden?! Allein für die Unterstützung der deutschen Banken stellen Merkel und Co. 400 Milliarden Euro zur Verfügung. 50 Milliarden erhielt schon mal die HypoRealEstate. Wo kommt das Geld wohl her? Staatsschulden sind das, für die wir bluten müssen.

20 Milliarden DM (noch dazu DDR-Mark) – das waren die Auslandsschulden der DDR in ihrem letzten Jahr (1989). „Die DDR ist Pleite“, „Staatsbankrott“, „Der Sozialismus kann nicht wirtschaften“ – so wurde damals und wird heute gegen ein System getetzt, dass ohne Kapitalisten, Banker und Zocker 40 Jahre lang zurecht kam.

Das Bruttozialprodukt pro Einwohner betrug in der DDR umgerechnet 8.000 Ecu (Vorläufer des Euro) pro Kopf, in Großbritannien z. B. 9.000 Ecu, in Spanien 6.000 Ecu. Kein Mensch kam auf die Idee, den britischen oder spanischen Kapitalisten zuzu-

rufen: „Euer System funktioniert nicht.“

Und was geschah, als die DDR die Flinte ins Korn warf und von der BRD einverleibt wurde? Die DDR-Mark wurde im Verhältnis 2:1 an die BRD-Mark angepasst. Das ursprüngliche Verhältnis war 4:1. Die Exportpreise von Industrie und Landwirtschaft der DDR stiegen somit um das Doppelte. Der gesamte Exportmarkt sowohl in Osteuropa/Rußland (70 Prozent der Ausfuhren gingen dorthin) als auch in Westeuropa brach weg. Das ist so, als ob ein MAN-Lastwagen aus München auf einmal 200.000 Euro statt 100.000 Euro kosten würde. Die DDR-Wirtschaft wurde so völlig platt gemacht.

Bleibt festzustellen: Die DDR hatte um ein Zifaches weniger Schulden als die BRD. Bankrott gemacht wurde sie durch die sog. Wirtschafts- und Währungsunion von Merkel-Ziehvater Kohl.

Und: Wer bei 20 Milliarden DM Staatsschulden meint, das Wirtschaftssystem des Sozialismus funktioniert nicht, sollte mal

AufDraht-Quiz

Auflösung:

- A** Stimmt
- B** Stimmt auch
- C** Stimmt auch
- D** Sie wissen schon, was wir von Auf Draht hören wollen. Der neue Schützenpanzer der Bundeswehr wurde gezielt nach den Erfahrungen aus dem Krieg in Afghanistan entwickelt und löst den sogenannten Marder ab. Die Namensgebung steht immer noch in der Tradition der Hitlerwehrmacht. 410 Stück zu 11,7 Mio. Euro wurden bei Krauss-Maffei-Wegmann bestellt. Für diese 4,8 Mrd. könnten z. B. 1.655 Grundschulen für je 200 Schüler gebaut werden.

nachrechnen. Denn 400 Milliarden Euro Staatsschuld für die Banken sind der 20-fache Bankrott des Kapitalismus. ●MR



Wählen wird nicht reichen!